

## PRESSEMITTEILUNG

4/2024

Telefon 0881/66380-0  
Fax 0681/6683017  
info@gew-saarland.de

Saarbrücken, 04.05.2024

### **Startschuss für eine bessere Bildungsfinanzierung**

Bildungsgewerkschaft GEW zum Beginn des Startchancenprogramms im Saarland

**Saarbrücken** – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Saarland, begrüßt den Beginn des Startchancenprogramms im Saarland. „Nach den langen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern ist es nun gelungen, langfristig mehr Bundesgelder für insgesamt 55 Schulen ins Land zu bringen. Das war eines unserer Kernanliegen beim Thema Bildungsfinanzierung, was wir beispielweise auch durch das Bündnis „Bildungswende jetzt!“ im Saarland vorangebracht haben“, sagt der Landesvorsitzende Max Hewer.

Positiv zu sehen ist, dass die Auswahl der Schulen nach sozialen Kriterien geschieht und die Mittel nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Die Aufteilung auf Grund- und Gemeinschaftsschulen sowie Berufliche Schulen und Förderschulen in sozial benachteiligten Lagen sieht die Bildungsgewerkschaft, als Interessensvertretung aller Schulformen, ebenfalls positiv. Der Schwerpunkt auf dem Primarbereich ist sinnvoll, da von einer besseren Unterstützung der Grundschulen auch später die weiterführenden Schulen profitieren werden. „Das Programm hilft genau den Schulen, die am dringlichsten die zusätzlichen Mittel brauchen. Nun gilt es, dass die Träger in Zusammenarbeit mit den Schulen die Gelder zeitnah abrufen und zielgerichtet einsetzen“, sagt GEW-Vorsitzender Max Hewer weiter.

Die GEW stellt aber zugleich fest, dass es für die Umsetzung in den Schulen auch mehr zeitliche Ressourcen braucht, insbesondere auf der Leitungsebene. Außerdem hätten vom Bund insgesamt mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen, um noch mehr Schulen und Schüler:innen zu erreichen. Gerade in strukturschwachen Gebieten wie dem Saarland, sind zusätzliche Mittel vom Bund unverzichtbar.

Dies trifft auch auf die aktuellen Verhandlungen zum Digitalpakt 2.0 zu. Eine Absenkung der Bundesmittel, so wie es Bildungsministerin Stark-Watzinger ankündigte, wäre der Genickbruch für die vielen Anstrengungen, die in den letzten Jahren in den Ländern und an den Schulen unternommen wurden. Laut Entwurf des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) will der Bund seinen Finanzierungsanteil um 40 Prozent reduzieren und sich ab 2030 komplett aus seiner Verantwortung stellen. „Dabei lautet das Gebot der Stunde, den Digitalpakt weiter ausreichend zu finanzieren und ihn zu verstetigen, denn die Schulen und Schulträger benötigen Planungssicherheit. Bildungsfinanzierung muss auch in Krisenzeiten Priorität haben“, so Max Hewer abschließend. ■